

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Völkme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Völkwerk, Völkme, Lüdenscheid, Melnerzhagen, Balbert, Döhl, Kupferberg, Rades-ormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wih. Bell jr., Halver.

Telegraphen-Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 8

Anzeigenpreis: für 1 mm x 8 mm (34 mm breit) 8 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärts: Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Dankschreiben 10 Reichspennig und Porto

Halver

Donnerstag, den 10. Januar

Erscheint wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“, „Ferd u. Scholle“ — „für unsere Frauen“ und „Am Abend“

1929

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Die deutsche Reichsregierung ernannte Dr. Hjalmar Schacht, Dr. Böger und als Ersatzmänner Dr. Melchior und Geheimrat Kaffel zu deutschen Sachverständigen für die bevorstehende Reparationskonferenz.

* Die großen Schneefälle und das starke Sinken des Thermometers haben überall zu schweren Verkehrsstörungen geführt. Zahlreiche Personen sind Opfer des Frostes geworden.

* Der dänische Hauptmann Lembohn wurde vom Reichsgericht zu fünf Jahren Zuchthaus wegen Spionage verurteilt.

* Der neue Vorschauer in Moskau v. Dirlsen hielt bei der Eröffnung der Moskauer „Woche deutscher Technik“ eine Rede über die deutsch-russischen Beziehungen.

Besser mahnen als strafen.

Wird nicht auch im heutigen Deutschland ein bißchen zübel „regiert“? Gibt es nicht viel zu viele, liberaler, weber auf die heutigen Zustände noch auf die Gesetzesfassung gar nicht mehr passende Polizeiverordnungen? Und schwillt das Meer dieser Verordnungen namentlich polizeilicher Natur nicht noch an, damit auch die Gelegenheit, gegen sie zu verstoßen und — wenn man dabei erwacht wird — auch einer Polizeistrafe zu verfallen? Es wird wenige Menschen in Deutschland geben, die alle diese Fragen nicht feufzenden Herzens bejahen. Anderswo, z. B. in Deutsch-Österreich, ist's ja auch nicht viel besser; wehe dem Zeitgenossen, der in Wien nach Absteigen von der Elektrischen den Fahrchein auf der Straße fortwirft; erblüht das Auge des Wachmanns diese Unthat, dann wird sie auf der Stelle mit zwei Schilling Strafe geahndet.

Der Satz „Unkenntnis schützt nicht vor Strafe“ wird gerade bei Verstößen gegen die schier unzähligen Polizeiverordnungen empfunden, wenn es sich ja auch nicht um hohe Strafen dabei handelt. Und es wirkt darum für uns geplagte Opfer der Verordnungsgewalt erquicklich, daß der preussische Innenminister — und man hofft, daß er damit in seinen Kollegen der übrigen deutschen Länder recht bald Nachahmer findet — soeben eine neue, diesmal aber nicht strafandrohende, sondern strafaufhebende Verordnung erlassen hat, die auch noch über ein paar andere Vorzüge verfügt. Wer nämlich irgendeine Polizei- oder dergl. Verordnung aus Unkenntnis und ohne daß dies erhebliche Folgen herbeiführt, also geringfügig übertritt, der soll nicht gleich wie bisher „blechen“ müssen, sondern kriegt, namentlich wenn es das erste Mal war, nur eine Verwarnung. Entweder gleich an Ort und Stelle durch den die Übertretung feststellenden Polizeibeamten mündlich oder, sozusagen etwas feierlicher, mündlich oder schriftlich durch die Polizeiverwaltung des Ortes oder Bezirkes. „Disce non nocet“ heißt ja auch eine pädagogische Lehre der alten Römer: „Lernst daraus, denn ihr seid gewarnt!“ und so soll es jetzt auch die Polizei halten. Natürlich soll es taktvoll geschehen, wie auch die Mahnung des Ministers, die Polizei soll bei der Zufassung von Ladungen oder gar Strafbefehlen taktvoll verfahren, also nicht durch allzu drastische oder allzu öffentliche Zustellung eines solchen Schreibens den Betroffenen noch in den Augen der Umwelt oder gar wirtschaftlich schädigen. So manches Mal hat ja leider der Empfänger solcher polizeilicher oder sonstiger Zustellungen reichlich Grund dafür, sich über gewisse Rücksichtslosigkeiten zu beschweren. Gerade solche Kleinigkeiten — die dies aber nicht immer bleiben — geben oft genug die Ursache ab für das Aufreißen einer Kluft zwischen „Regierenden“ und „Regierten“ und damit zu einer oft tiefgehenden Erbitterung. Schließlich brauchen ja die lieben Nachbarn nicht alles zu wissen!

Bei der Einführung dieser neuesten „Strafe“, der Verwarnung also, ist es auch tröstlich, zu hören, daß damit nicht die Entrichtung der bei den Polizeiverwaltungen aller Länder so beliebten Gebühren verkümpft ist. Denn sonst, wenn man polizeilich in Schuld und Fehle fällt, muß man außer der eigentlichen Strafe ja noch eine Ertragsgebühr dafür bezahlen, daß sich ein Vogel in Gestalt eines Strafmandates ins Haus gestogen kommt. Auch sonst waltet in der neuen Ministerialverordnung angenehme Rücksicht namentlich dem gegenüber, der an Stelle einer Geldstrafe zu seinem Schrecken zur Haft verurteilt ist. Diese absetzen zu müssen, soll bei erstmalig Bestraften nicht erzwingen werden. Und schließlich soll bei der Verhängung von Polizei-, also in der Hauptsache von Geldstrafen, Rücksicht genommen werden auf die wirtschaftliche Lage des von der Strafe Betroffenen. Denn sehr verschiedenes trifft ja die gleiche Strafe, je nachdem sie über einen Wohlhabenden oder einen Armen verhängt wird. Und es wirkt sozial verbitternd, wenn der arme Sünder nun sitzen muß, weil er nicht zahlen kann, während der reiche die Sache sozusagen aus der Westentasche erledigt.

Dies liegt vielleicht auch der Ausgangspunkt dafür, die erschte und notwendige Herabsetzung der hohen Verwaltungskosten, teilweise wirtschaftshemmender Art, in Angriff zu nehmen. Wenn aber die Gedanken, die ihren Ausdruck in dieser neuen Verordnung gefunden haben, nun auch überall in Deutschland verwirklicht werden, dann ist es nicht mehr gar so schlimm, wenn man einmal in eine der zahlreichen Fuhrgassen und Fallstricke fällt, die den Schritt selbst des polizeifrommsten Bürgers tagtäglich bedrohen. Und wenn eine ähnliche Befreiung auch der gerichtlich Verurteilten gewährt werden könnte, dann ist's ja nahezu eine Lust, zu leben.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Keine Erweiterung der polnischen Schweineinfuhr.

Von ausländischer Stelle wird mitgeteilt, daß der

Deutschlands Finanzfachverständige

Schacht und Böger.

Ernennung vollzogen.

Die Reichsregierung hat in Durchführung der Genfer Vereinbarung vom 16. September 1928 und gemäß dem Sechsmächteabkommen vom 22. Dezember 1928 zu



Reichsbankpräsident Dr. Schacht.

deutschen Mitgliedern des „Aussschusses von unabhängigen Finanzfachverständigen für die Ausarbeitung von Vorschlägen für eine vollständige und endgültige Regelung des Reparationsproblems“ Herrn Dr. Hjalmar Schacht und Herrn Dr. Albert Böger ernannt; als Ersatzmänner werden Herr Dr. Karl Melchior und Herr Ludwig Kaffel zugezogen werden.

In einer am Mittwoch stattgefundenen Kabinettsitzung erfolgte die Ernennung im Anschluß an die Besprechung des Außenministers mit dem jetzt in Berlin weilenden deutschen Votschafter in Paris, von Hoesch. Die Ernennung ist den übrigen beteiligten Regierungen mitgeteilt worden. Donnerstag soll die Ernennung der Sachverständigen der übrigen Mächte

Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dietrich, auf der Landesversammlung der Demokratischen Partei in Stuttgart am 6. Januar 1929 lediglich von dem im Stresemann-Jackowski-Abkommen vom November 1927 an Polen gemachten Angebot eines Einfuhrkontingentes von 200 000 Doppelzentnern Schweinefleisch gesprochen hat. Von einer Erweiterung dieses Kontingentes oder gar von der Herabsetzung lebender Schweine war in den Ausführungen des Reichsernährungsministers nicht die Rede. Im übrigen hält der Minister nach wie vor an dem zuletzt vom Kabinett beschlossenen Angebot an Polen fest.

Sachsen klagt wegen der Reichsbahnverwaltungsgräte.

Die sächsische Regierung hat beim Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches den Antrag gestellt, die Klage wegen Befetzung der Posten im Verwaltungsrat der Reichsbahn, deren Durchführung durch den Appell des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons an den Reichspräsidenten unterbrochen worden war, mit Beschleunigung durchzuführen. Dem Vorgehen Sachsens hat sich die württembergische Regierung angeschlossen und es wird gesagt, daß Bayern und Baden das gleiche tun werden.

Dr. Steiger über die Lage der Landwirtschaft.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtages gab Landwirtschaftsminister Dr. Steiger Erklärungen ab, in denen es heißt: Die ernste und besorgniserregende Lage der Landwirtschaft macht folgende Forderungen äußerst dringend: 1. Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung auf der breitesten Grundlage; dazu gehört ein geregeltes landwirtschaftliches Kreditwesen, der Erzeugungsorgans darf nicht durch nachteilige Handelsverträge gestört werden, und die heimische Viehzucht ist gegen Einschleppung von Seuchen zu schützen; 2. eine Senkung der Lasten; 3. die nachdrückliche Förderung des Absatzes.

Generaloberst a. D. von Seekt Präsident der Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft.

Das Direktorium der Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft, die nach dem Kriege ihre Vermittlungsarbeit zwischen Deutschland und Bulgarien zeitweilig eingestellt hat, wählte in seiner letzten Sitzung unter dem Altersvorsitz des Staatsministers z. D. Wirtl. Geh. Rat Dr. v. Hentig zum ersten Präsidenten einstimmig den Generalobersten a. D. Dr. von Seekt, der die auf ihn gefallene Wahl annahm. Unter der Leitung des Generals von Seekt wird die Gesellschaft bereits in nächster Zeit ihre Arbeit aufnehmen. Es ist beabsichtigt, demnächst in das leitende Direktorium noch eine weitere Anzahl prominenter Persönlichkeiten des Geistes- und Wirtschaftslebens zu wählen.

Frankreich.

Zuspitzung der innenpolitischen Lage.

Beide Kammern des Parlaments eröffneten gleichzeitig ihre Arbeiten. Die Deputiertenkammer wählte ihren bisherigen Präsidenten Bouisson mit 414 von 500 Stimmen wieder. Am Donnerstag soll die Beratung der verschiedenen Interpellationen beginnen, bei denen es sich darum handeln wird, ob das Kabinett Poincaré bestehen bleiben wird oder nicht. Die radikal-sozialistische Kammergruppe hat nämlich beschlossen, gegen die Vertrauensfrage der Regierung zu stimmen. Vorläufig wird allerdings damit gerechnet, daß Poincaré für sein Vertrauensvotum mit einer Mehrheit von fünfzig Stimmen der Rechten und der Mitte rechnen kann. Die Frage ist aber, ob er sich mit einer solchen Mehrheit begnügen wird. Dazu kommt, daß allenthalben der Eindruck besteht, daß der Ministerpräsident gerade auf die Unterstützung der Radikal-sozialistischen Partei besonderen Wert legt und von der Haltung der Radikal-sozialisten sein Verbleiben oder seinen Rücktritt abhängig machen wird.

durch die Reparationskommission in Paris vollzogen werden. Die Ernennung des Generaldirektors der Vereinigten Stahlwerke, Böger, soll hauptsächlich auf die Initiative der Schwerindustrie zurückzuführen sein, während die Berufung des Reichsbankdirektors Dr. Schacht von Anfang an außer Zweifel stand. Dr. Melchior ist Mitinhaber des Hamburger Bankhauses Warburg, Geheimrat Kaffel gehört dem Reichsverband der Industrie an.



Generaldirektor Böger.

Die Einberufung der Konferenz

zur endgültigen Regelung des Schuldenproblems, wobei die Rheinlandräumung wohl schwerlich mit Stillschweigen übergegangen werden kann, soll voraussichtlich zum 5. Februar gemeinsam durch die sechs beteiligten Regierungen, und zwar zunächst nach Paris, erfolgen.

Aus In- und Ausland

Frankfurt a. M. Von den Kommunisten heraufbeschworene Unruhen führten im biesigen Stadtparlament zu zeitweiliger Vertagung und zur Räumung der Galerien. Der kommunistische Stadtverordnete Aschenbrenner wurde für mehrere Sitzungen ausgeschlossen und mußte durch Polizei entfernt werden.

Riel. In der Sitzung des Stadtparlaments kam es zu Tumulten. Als der Vorsitzende einem der kommunistischen Redner das Wort entzogen hatte, wurden von der Tribüne Stinkbomben und Stuhlbeine herabgeworfen. Die Sitzung wurde unterbrochen und der kommunistische Stadtverordnete Demolfski durch zwei Polizeibeamte aus dem Saale entfernt.

Paris. Wie aus Aix-en-Provence gemeldet wird, ist dort der Generalkaassanwald vom Pförtner des Justizpalastes angeschlossen wegen persönlicher Reibungen mit dem Revolver angegriffen und verletzt worden. Der Täter, ein ehemaliger Gendarm, hat nach dem Überfall Selbstmord begangen.

Warschau. Halbamtlich wird bekanntgegeben, daß Marschall Pilsudski an einer leichten Erkältung leidet. Von einer ernstern Erkrankung, so heißt es, könne nicht die Rede sein.

Oslo. Unter großer Teilnahme auch der Regierung fand in der Frogners-Kirche die Trauerfeier für den verstorbenen deutschen Gesandten Dr. Wallroth statt. Die Leiche wird nach Deutschland übergeführt.

Reval. Auf Antrag des Unterrichtsministers Johanson beschloß die Regierung, den früheren Kabinettsbeschuß aufzuheben, wonach an Stelle der deutschen Sprache die englische als erste Fremdsprache in den Schulen Estlands gelehrt werden sollte. Somit tritt die deutsche Sprache wieder an die erste Stelle.

Die „Woche deutscher Technik“ in Moskau.

Eine Rede des Votschafters von Dirlsen.

In Moskau überreichte der neue deutsche Votschafter von Dirlsen dem Präsidenten Kalinin sein Beglaubigungsschreiben. Der Überreichung wohnten Litwinow, Karachan und andere Mitglieder des Außenkommissariats bei. Kalinin und von Dirlsen äußerten in ihren Ansprachen, daß sie alles tun würden, um die deutsch-russischen Beziehungen, deren feste und unerschütterliche Grundlage der Rapallo-Vertrag geblieben sei, zu fördern.

Am Abend wohnte der Votschafter der anlässlich der feierlichen Eröffnung der „Woche deutscher Technik“ veranstalteten Festung in der Moskauer Universität bei. Unter den Anwesenden bemerkte man die Vertreter der Sowjetregierung mit dem Vorsitzenden des Volkswirtschaftsrates Lunin, sowie dem Votschafter für Bildung Lunatscharski an der Spitze, deutsche Gelehrte, wie Professor Oskar von Miller, Professor Matfchof und Professor Reich, russische Akademiker, Vertreter der deutschen Kolonien usw. Nach der Eröffnungsrede Stomonjajew, der die Gäste im Namen des Präsidiums der Gesellschaft „Kultur und Technik“ begrüßte und darauf hinwies, daß die deutschen Ingenieure die ersten gewesen seien, die aus dem Auslande kamen, um die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in der Sowjetunion zu studieren, nahm der Votschafter von Dirlsen das Wort, um über die kulturellen und politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland zu sprechen.

Er erklärte, daß die Auffassung russischer Kreise, die deutsche Wirtschaft sei gegen eine Industrialisierung der Sowjetunion, nicht den Tatsachen entspreche. Die deutsche Wirtschaft und besonders die deutschen Ingenieure begrüßten im Gegenteil die Industrialisierung der Sowjetunion. Sie würden alles tun, um die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Völkern zu verbessern und zu verstärken. Er hoffte, daß die Sowjetregierung ihn in seinen Bestrebungen zur Verbesserung und Vertiefung der deutsch-russischen Freundschaft unterstützen werde.

Weitere Ansprachen hielten Lunatscharski, Frau Kameneva, Professor Oskar von Miller und Professor Matfchof. Beide Redner gaben dem großen Interesse der deutschen technischen Wissenschaft für die Ent-

Wirtschaftsprobleme der Sowjetvolkswirtschaft Ausdruck. Unter starkem Beifall übermittelte Professor von Miller an die Gelehrten der Sowjetunion eine Einladung zu dem Weltkongress für Energetik, der 1930 nach Berlin einberufen werden soll. Professor Matzsch überbrachte eine Einladung an die Ingenieure der Sowjetunion zu dem Kongress der deutschen Ingenieure in Königsberg. Über

die deutsch-russischen Handelsbeziehungen

befragt, äußerte Votschaster von Dirksen einem Vertreter der Telegraphenagentur der Sowjetunion gegenüber, daß die deutsche Öffentlichkeit mit dem Abschluß des deutsch-russischen Handelsprotokolls vom Dezember 1928 sehr zufrieden sei. Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen seien auf der Grundlage des alten deutsch-russischen Handelsvertrages vom Jahre 1925 aufgebaut. Die getroffenen Vereinbarungen seien nur eine erste Etappe zur Lösung der anderen wirtschaftlichen und politischen Fragen zwischen beiden Ländern. Die Verhandlungen würden Anfang des nächsten Monats wieder aufgenommen werden.

5 Jahre Zuchthaus für Lembourn.

Helene Stegemann als Spionageagentin
Der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte den dänischen Hauptmann Lembourn wegen Verbrechens nach § 1 des Spionagegesetzes zu fünf Jahren Zuchthaus, die Kontoristin Helene Stegemann wegen versuchten Verbrechens nach § 3 des Spionagegesetzes zu zwei Jahren Gefängnis. Bei Lembourn wurden sechs Monate, bei der Stegemann drei Monate für erlittene Untersuchungshaft in Abzug gebracht.

Nach den Feststellungen der Voruntersuchung wurde Lembourn zur Last gelegt, daß er im April oder Mai vergangenen Jahres sich nach Berlin begeben und die Stenotypistin Stegemann als Spionageagentin angeworben habe. Die Stegemann hatte den Auftrag, die Verhältnisse in den deutschen Vaterländischen Verbänden auszuforschen und Angaben über militärische Dinge aller Art zu machen. Sie selbst versuchte dann, einen Unteragenten anzustellen, der aber seinen ersten Auftrag so ungeschickt ausführte, daß man ihn im Reichswehrministerium alsbald festnahm. Durch diese Festnahme kam der Fall Lembourn ins Rollen.

Kundgebung des Ostmarkenvereins.

Die Not des deutschen Ostens.

Der Deutsche Ostmarkenverein erläßt eine Kundgebung, die sich gegen die seit den Ereignissen von 1918/19 nun schon seit zehn Jahren auf Grund der Versailler Festsetzungen bestehende Lüge von Deutschlands Allseitschuld am Kriege wendet. Es wird dann besonders auf die politischen Veränderungen im Osten Bezug genommen und weiter gesagt: Deutsches Blut düngte das heutige Polens Boden. Historische und tatsächliche Fälschungen, nicht persönliche Opfer, gaben ihm die deutschen Ostprovinzen. Die polnische Auffassung von Recht und Wahrheit bezeichnete der deutsche Reichsaussenminister in Lugano treffend als Geist des Hasses, der Liebe zur alten Heimat Hochverrat nennt. Warschau, Litauens Hauptstadt, wurde trotz der Unterzeichnung des Abkommens von Suwalki durch Handstreich genommen und Polen einverleibt. Trotz anfänglicher Verwarnung des Völkerbundes herrscht heute Polen ungehindert in Litauens Hauptstadt. Die in Polen verbliebenen Deutschen werden mit allen Mitteln verfolgt, bekräftigt und ihrer Existenzmöglichkeit beraubt. Immer unerbittlicher verlangt Polen weiteren deutschen Boden.

Das untlammerte Ostpreußen

wird fälschlich als 632 Jahre zu Polen gehörig dargestellt. Polnische Studenten in Polen veröffentlichen Hilferufe von 300.000 noch nicht national erwachten Polen in „Preußisch-Masuren“. Auch das deutsche Schließen bis zur Oder wird immer lauter angefordert. Der deutsche Osten aber blutet aus tausend Wunden. Polen hat gelernt, die Schwächen anderer erfolgreich auszunutzen. Gedanke deiner Söhne und Enkel Nahrungsmöglichkeit, deutsches Volk ohne Raum!

Kohlenberatungen in Gensf.

Wie soll die Krise bekämpft werden?

Staatssekretär Dr. Trendelenburg, der neue Präsident des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes, hat die Tagung der Kohlenfachverständigen eröffnet, die vom Wirtschaftskomitee aus elf Kohlenproduktions- und Kohlenverbrauchsändern einberufen worden ist. Deutschland ist durch Generaldirektor Dr. Silberberg vertreten. Auch die anderen Länder sind auf dieser ersten technischen und wirtschaftlichen Beratung über die Möglichkeit planmäßiger internationaler Maßnahmen zur Lösung der Kohlenkrise durch Fachleute vertreten.

Der Vorsitzende betonte in seiner Eröffnungsansprache, daß bei diesen Beratungen eine Anzahl Interessen in Betracht gezogen werden müssen, die zugleich innerer nationaler und internationaler Natur sind. Das Wirtschaftskomitee hoffe, nach Darlegung der wesentlichen Faktoren des internationalen Kohlenproblems durch die anwesenden Fachleute und andere interessierte Persönlichkeiten sich später über ein Urteil darüber bilden zu können, ob irgendeine Aktion unter der Leitung des Völkerbundes zur Behebung der Kohlenkrise mit Nutzen ins Auge gefaßt werden könne.

Die Erbin von Wolferdingen.

42

Roman von E. Bastian-Stumpf.

Copyright by R. & S. Greiser, G.m.b.H., Rastatt.

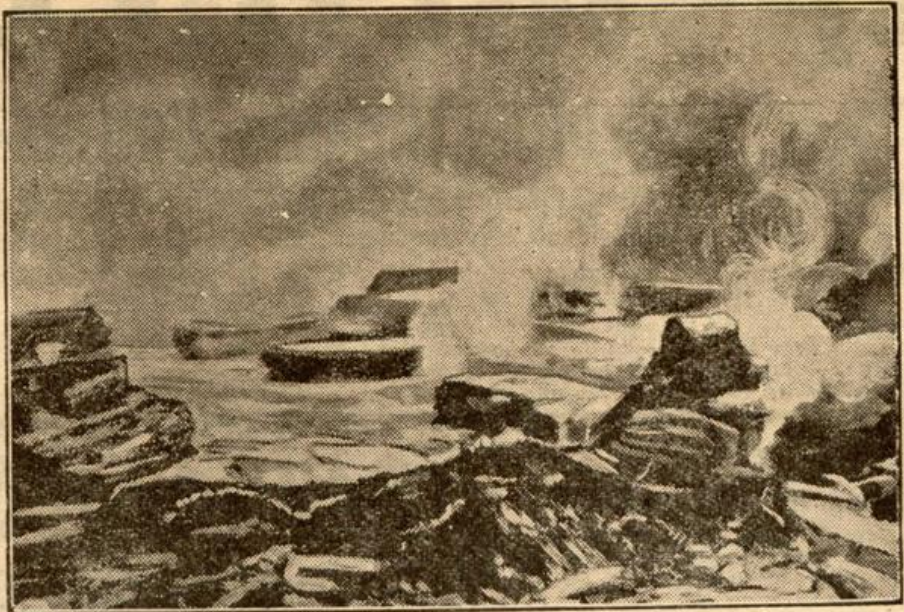
Anneliese erblickte unter seiner Sorgfalt und Güte zu einer herrlichen Frau und er hatte es noch keinen Tag bereut, sie sich zu eigen gemacht zu haben. Sie war weich und hingebend und er gewann sie mit jedem Tag lieber.

Nach einigen herrlichen Wochen, in denen sie die ganzen Berge durchstreiften, gingen sie nach Baden-Baden. Hier lernte die junge Frau zum ersten Male das Leben und Treiben der großen Welt und internationalen Bade- stadt kennen.

Aber Gefallen fand sie keinen daran. Mit ihren großen staunenden Blauaugen nahm sie das Neue in sich auf und schmeigte sich oft wie Schatz suchend an den Gatten. In der Einsamkeit des Vaterhauses aufgewachsen und fremd in dem von Menschen wimmelnden Bade- ort, fürchtete sie sich vor all dem Trubel. Ja, sie suchte viel lieber die Einsamkeit der Berge und machte weite Spaziergänge, als daß sie in dem Kurgarten einem Konzert bewohnte. Trotzdem war Anneliese eine große Musik- freundin und selbst sehr musikalisch, aber das viele An- starren, dem sie ausgesetzt war, verdaute ihr den Genuß — sie konnte sich in die Musik nicht hineinversetzen, da ver- zichtete sie lieber.

Hier trafen sie unverhofft mit einem Gutsnachbar zu- sammen, der ebenfalls an der Hochzeitsfeier teilgenom- men und von ihm erfuhren sie die schwere Erkrankung von Annelieses Vater. Die ganze Zeit waren sie voll- ständig ahnungslos, sie sandten nur kurze inhaltslose Kar- ten nach Wolferdingen, die Herta ebenso beantwortete und Grüße des Vaters schrieb. Anneliese schmeigte sich mit großer Sorge in den Augen

Kraterseen des wieder in Tätigkeit befindlichen Calbuco.



Durch den Ausbruch des Vulkans Calbuco in Chile wurden vor allem deutsche Ansiedler betroffen, deren gesamte Ernte vernichtet und deren Viehbestand durch den Aschenregen getötet worden ist. In den Seen starben die Fische infolge

des Ausbruchs heißer Quellen. In den Ruinen des Erd- bebengebietes wurden bisher 30 Leichen geborgen. 22 Per- sonen werden noch vermisst. Die Wälder in der Nähe des Vulkans Calbuco sind völlig niedergebrannt.

Die Sachverständigen gaben bereits in der ersten Sitzung eine Gesamtdarstellung der Kohlenfrage vom Standpunkt ihrer Länder aus. In der Eingelassenen wurde zunächst die Frage der Kohlenproduktion untersucht. Die Tagung wird voraus- sichtlich Freitag abgeschlossen.

Neue Diktaturgesetze in Serbien.

Die Unabhängigkeit der Richter aufgehoben.

Eine außerordentliche Ausgabe des Belgrader Amts- blattes veröffentlicht vier weitere Gesetze. Durch die beiden ersten Gesetze werden die Organisation und die Statuten des Staatsrates, des Verwaltungsgerichtes und des obersten staatlichen Rechnungshofes abgeändert. Das Wesentliche der neuen Gesetze besteht darin, daß das Recht der Landesvertretung, bei Ernennung der Mitglieder der obersten Behörden Vorschläge zu unterbreiten, abgeschafft und die Unabhängigkeit der Richter bzw. der Beamten aufgehoben wird.

Das dritte aus 62 Paragraphen bestehende Gesetz enthält eine weitgehende Abänderung der Gerichtsgesetze. Die richterliche Unabhängigkeit wird vollständig beseitigt. Es wird ausgesprochen, daß die Richter versetzt, in den Ruhestand versetzt, entlassen oder in anderen Dienst- zweigen verwendet werden können. Die Richter werden nach Vorschlägen des Justizministers durch den König er- nannt. Durch das vierte Gesetz wird der Belgrader Kassationshof in einen Staatsgerichtshof umgewandelt, dem sämtliche Delikte, die die Sicherheit des Staates ge- fährden, unterstehen werden.

Die kroatischen Führer erklären jetzt, daß die Regierung nicht geeignet sei, die kroatische Frage einer Lösung entgegenzuführen. Die Beteiligung der bi- herigen Parteien an der neuen Regierung sei ein Beweis dafür, daß die Regierung nicht über den Parteien stehe. Die Blätter, welche diese Äußerung veröffentlicht haben, wurden beschlagnahmt.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 10. Januar 1929.

Telephonische Buchstabierkunst.

Du willst „mit auswärtig“ fernsprechen und rufft das Fräulein vom Amt an den Fernsprechapparat: „Ich bitte, Fräulein, verbinden Sie mich mit Berlin — B wie Berta, C wie Emil, A wie Rudolf, L wie Ludwig, J wie Jsidor, K wie Nathan!“ So sagst du aus alter Gewohnheit, aber so sollst du fürderhin nicht mehr sagen, denn die Reichspost, Abteilung Fernsprecher, hat eine neue Buchstabiertafel herausgegeben und fordert dich auf, fortan geographisch zu buch- stabieren, damit du deine seit der Schulbank etwas lückenhaft gewordenen Kenntnisse in der Erdkunde wieder etwas auf- füllst und das Fräulein vom Amt das gleiche tue. Also du hast in Zukunft zu buchstabieren: A wie Amsterdam, B wie Berlin, C wie Calais (obwohl man das ja „Käläh“ spricht, mit einem regulären K), D wie Danzig, E wie — Extra (was gar nicht mal in die Geographie hineinpaßt), F wie Florida,

G wie Gibraltar, H wie Hamburg, J wie Jerusalem (ob- wohl ein J kein I ist), K wie Kilo (was auch nicht gerade geographisch anmutet), L wie New York, O wie Oslo, P wie Paris, Q wie London, R wie Rueda, S wie Valencia (wahrscheinlich von wegen des berühmten Tanzliedes „Valen- cia—a—a—al“). Ein paar Buchstaben haben wir weglassen müssen, weil wir momentan nicht in der Erinnerung haben, wie sie postalisch-geographisch zu deuten sind. Aber bei Xanthippe für X bleibt es unter allen Umständen, obwohl man ganz gut Xanten hätte sagen können. Für Y aber sollst du Yokohama sagen, was sehr darauf schließen läßt, daß die Postgelehrten ein bißchen oberflächlich gearbeitet haben; denn erstens klingt ja das Y in Yokohama wie I, und zweitens schreiben auch viele diese alte japanische Stadt mit I, nicht mit Y. Aber wie das auch sein mag: man frast sich unter allen Umständen den Kopf und fragt sich besorgt, was der Reichspost, Abteilung Fernsprecher, eigentlich durch den Kopf ging, als sie auf die Idee kam, diese merkwürdige Buchstabier- tabelle aufzustellen.

— **Rheingold als Fremdenvorstellung in Hagen.** Wir wiesen schon vor Weihnachten darauf hin, daß am näch- sten Sonntag die Wagner'sche Oper „Rheingold“ als Frem- denvorstellung im Hager Stadttheater zur Aufführung gelangt, und daß die Reichsbahn am 13. Januar zum Theaterbesuch in dem bekannten Plane wieder einen Son- derzug mit ermäßigten Fahrpreisen von Marienheide— Meinerzhagen—Brügge mit Anschlußgelegenheit aus der Richtung von Krummenerl, Anschlag-Halver bzw. Lüben- scheid nach Hagen wird verkehren lassen. Die am ver- gangenen Sonntag ebenfalls in einer Fremdenvorstellung aufgeführte Oper hat außerordentlichen Beifall gefunden. Sowohl in der Ausstattung der Bühne, wie auch in Ge- sang, Spiel und Orchesterbegleitung wurde Großes ge- leistet. Es kann deshalb wohl angenommen werden, daß auch am kommenden Sonntag die Fremdenvorstellung von dem theaterfreundigen Publikum aus dem Oberbergischen stark besucht wird. Der Verkauf der Theater- und Sonder- zuckarten findet nur noch bis Freitag, 11. Jan., 18 Uhr statt

Halver

Polizeiliches. Ein Hund zugelaufen. Nähere Aus- kunft wird im Amtshaus, Zimmer Nr. 9 erteilt.

—: **Deddinghausen, 9. Jan.** Auf die am Samstag im Vereinslokal des Turnverein Deddinghausen stattfindende Jahres-Hauptversammlung sei auch an dieser Stelle (s. Anz.) aufmerksam gemacht. Es stehen wichtige Angelegen- heiten zur Beratung und Beschlußfassung, ein Besuch dieser Versammlung ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, dem das Wohl und Wehe der deutschen Turnjunge noch etwas gilt.

Kierspe

—: **Eine Sitzung der Repräsentation unserer eban- gelischen Kirchengemeinde** findet am Sonntag im An- schluß an den Gottesdienst statt.

—: **General-Versammlungen.** Wie im Informatenteil angekündigt, findet am Sonnabendabend eine Generalver-

an den Gatten.

„Achim — wie schrecklich — wir waren so vergnügt, während Papa auf seinem Leidsbett lag. Wissen Sie, wie es meinem Vater geht?“ fragte sie den alten Herrn und die Tränen standen in ihren Augen.

„Was ich weiß, ist schon zehn Tage alt. Herr von Wolferdingen ist gelähmt und kann sich nur schwer verständlich machen, da durch den Unfall auch die Zunge bewegungslos geworden ist. Seine Frau soll ihn geradezu aufopfernd pflegen und jeden Wunsch an den Augen ab- lesen. Sie dürfen mir glauben, daß es keine Leicht- und erfordert Ausdauer und Herzensgüte. Frau von Wolferdingens Pflege findet im ganzen Umkreis An- erkennung.“

Anneliese war über das Lob peinlich berührt. Sie wollte gewiß Herta das gönnen und es war eine schwere Aufgabe, die sie zu tragen hatte, aber es war doch sonst nicht üblich auf dem Gute, daß eine Sache, die selbstver- ständlich war, über Gebühr aufgebraucht und weitergetra- gen wurde! Vater hatte seinen alten treuen Georg und was der an Pflegen für Herta übrig ließ, war gewiß zu ertragen, denn er war der letzte, der sich etwas aus den Händen nehmen ließ, oder nicht bis zum letzten Augenblick ansharrte. Es tat ihr jetzt leid, daß sie sich nicht mit Georg verabredet hatte, damit er ihr gleich Nachricht gab, wenn etwas vorfiel. Sicher aber baute sie Herta hier auf, um sich in den Ruf einer liebenden Gattin zu setzen und beliebt zu werden, wie sie seither gemieden wurde. Sie kannte ihre Stiefmutter, bei ihr war alles Schein und auf ihren Vorteil eingerichtet. Sie sagte deshalb nur kurz:

„Der arme Papa, es ist mir unbegreiflich, warum uns die Erkrankung vorenthalten wurde. Sofort wären wir heimgekehrt!“

„Jedenfalls sollte das vermieden werden und da keine unmittelbare Gefahr besteht, wollte man Ihnen die Auf- regung ersparen.“

Anneliese suchte nach einem andern Grund, noch auf seinem letzten Lager wollte Herta sie von ihrem Vater trennen. Sie verabschiedeten sich von dem alten Herrn und schritten nachderlich in ihr Hotel zurück.

In ihren Zimmern angekommen, legte die junge Frau ihre Hand auf des Gatten Arm und sah ihn mit ihrem bleichen Gesichtchen bittend an.

„Achim — laß uns heimkehren, wer weiß, was in Wolferdingen vorgeht, während wir uns hier vergnügen.“

„Sein Gesicht verfinsterte sich — ihn gelüstete noch nicht nach Hertas Gesellschaft, am liebsten blieb er ganz von Wolferdingen fern. Aber das ging nicht an und ein Grund, seiner Frau die Heimkehr zu verweigern, war nicht vorhanden. Er mußte eben seinen Verkehr mit dem Gute einschränken, Anneliese mochte jeden Tag nach ihrem Vater schauen, er würde sie dann auf dem Heimwege abholen.“

„Wenn es dich so sehr heimzieht, Liebling, dann wollen wir unsere baldige Ankunft Tante Helma mitteilen.“

Sie schmeigte sich dankend an ihn und voll süßen Ver- trauens leuchteten ihm ihre schönen Augen entgegen.

„Ach Achim, es tut mir so weh, Papa leidend zu wissen und ich bin fern von ihm. Herta wird unsere Heimkehr auch Erleichterung schaffen, wenn sie sie auch nicht wünscht.“

Zärtlich streichelte er ihr die dunklen Locken. Wie oft schon war der Wunsch bei ihrem Vertrauen in ihm auf- gestiegen, ihr alles zu gestehen, was zwischen ihm und Herta vorgefallen war. Aber ihre Unkenntnis der Welt und die Angst, sie belogen zu haben, verschloß ihm den Mund. (Fortsetzung folgt.)

holl Eis. Wenn weitere größere Eisengen herangeführt werden sollten und der Ostwind anhält, wird eine größere Behinderung der Fischereiflotte eintreten.

Opfer des Frostes.

Die starken Fröste und die großen Schneemengen haben in ganz Polen Verkehrsstörungen und Transportbeschwerden hervorgerufen. Über 85 000 Arbeiter sind damit beschäftigt, die Schienenstränge vom Schnee freizulegen. Mehrere 100 Arbeiter haben Hände und Füße erfroren. In der Gegend von Suwalki sind vier Personen im Walde der Kälte zum Opfer gefallen. Auch aus anderen Gegenden werden Todesfälle infolge Erfrierens gemeldet. In der Nacht haben nicht weniger als 2000 Personen in den Warschauer Wäldern Obdach gesucht, während sonst 300 bis 400 gezählt werden.

Kältewelle in den Vereinigten Staaten.

Die Vereinigten Staaten werden gegenwärtig von einer schweren Kältewelle heimgesucht, die vom mittleren Westen ostwärts verläuft. Im Staate Minnesota wurden 20 Todesopfer der Kältewelle verzeichnet. In der Schifffahrt sind zahlreiche Störungen zu verzeichnen, so hat die „Mauretania“ 24 Stunden Verspätung.

Maschinengewehre gegen Wölfe.

Wie aus Moskau gemeldet wird, haben im Gouvernment Bladivostok mehrere Rudel Wölfe das russische Dorf Sushan überfallen. Vier Bauern wurden von den Wölfen getötet und drei verletzt. Ganze Viehherden sind von den ausgehungerten Raubtieren zerrissen worden. Die eingetroffene Abteilung der Roten Armee eröffnete gegen die Wölfe ein regelrechtes Maschinengewehrfeuer. 120 Wölfe wurden erlegt. Die Rudel sollen von China nach Rußland gekommen sein.

Schlussdienst.

Vermischte Nachrichten vom 9. Januar.

Reichslandbund beim Reichspräsidenten.

Berlin. Reichspräsident von Hindenburg empfing die Präsidenten des Reichslandbundes, Reichsminister a. D. Dr. h. c. Schiele, Reichstagsabgeordneten Hepp und Bethge sowie die Direktoren des Reichslandbundes v. Sobel und Kriegsheim. Die Herren erläuterten dem Reichspräsidenten eingehenden Bericht über die überaus ernste Lage der Landwirtschaft und erbaten seine Unterstützung für die von ihnen zur Behebung der Schwierigkeiten angeregten Hilfsmaßnahmen.

Dienstentlassung des Gerichtsrats Gellin.

Berlin. Vor dem Großen Disziplinarssenat des Kammergerichts in Berlin fand die Berufungsverhandlung in dem Disziplinarverfahren gegen den Breslauer Landgerichtsrat Gellin statt. Gellin wurde der Vorwurf gemacht, daß er im September 1927 in einem Weinrestaurant in Breslau beleidigende Äußerungen über linkslebende Kreise gemacht und den Landtagsabgeordneten Direktor Hermann, der ihn zur Rede stellte, beleidigt habe. Das Urteil lautete auf Dienstentlassung. Das Disziplinargericht hat aber dem Angeklagten drei Viertel des Gehalts, also die gesetzliche Pension, als Unterstützung gelassen.

Noch ein Schülerelbstmord.

Liegnitz. Hier erschoss sich in der Villa seines Vaters der 18-jährige Obersekundaner Fritz Bettlich. Über die Beweggründe zur Tat herrscht völlige Unklarheit.

Todesprung eines jugendlichen Liebhabers.

Weiden (Thüringen). Ein fünfzehnjähriger Schüler der Landwirtschaftlichen Schule in Triptis sprang auf der Fahrt von Triptis nach seiner Heimat Weiden aus dem Zug und fand dabei den Tod. Der Junge unterhielt ein Liebesverhältnis mit einem älteren Fräulein in Triptis und hatte sich mehrere Tage bei diesem aufgehalten. Die Mutter holte ihn heim und hatte ihm angedroht, daß er zu Hause vom Vater Prügel bekommen würde.

Sechs Arbeiter durch Kohlenoxydgase vergiftet.

München. Im Neubau des Krematoriums Ostfriedhof ereigneten sich durch ausströmende Kohlenoxydgase schwere Vergiftungen. Sechs Arbeiter erlitten Vergiftungen, darunter drei schwer: sie wurden ins Krankenhaus eingeliefert.

Plötzlicher Tod eines ungarischen Staatssekretärs.

Budapest. Beim Verlassen des Polizeigebäudes, wo er wegen eines in seiner Wohnung entstandenen Feuers erschienen war, brach der stellvertretende Staatssekretär im Ackerbauministerium Koloman von Galv plötzlich zusammen und war in einigen Minuten bereits tot. Anscheinend ist die Ursache in einem Herzschlag zu suchen.

Hungersnot in der Provinz Schansi.

Peking. In der Gegend von Suwan herrscht Hungersnot. Zahlreiche Todesfälle sollen zu verzeichnen sein. Soldaten haben bei Paotufshan eine Karawane von tausend Kamelen ausgeplündert, die Getreide für die Hungernden mit sich führte.

Reiche Beute von Eisenbahnräubern.

Nanking. Der Zug, der zwischen Schanghai und Nanking von Banditen angehalten wurde, enthielt die Monatslohnung für die Angestellten der Eisenbahn. Die Banditen, die bewaffnet waren, haben 10 000 Dollar geraubt und 15 000 Postfächer durchsucht. Sie sind alsdann nach Überschreitung des Jangtse in nördlicher Richtung geflohen.

Spiel und Sport.

Sp. Houben startet nicht in der Halle. Hubert Houben, der Senior der deutschen Kurzstreckenläufer, will in diesem Winter an keinem Hallensportfest teilnehmen. Es wird also mit dem Sprinterdreikampf beim Hallenfest in Hannover zwischen Körnig, Houben und Lammers nichts werden.

Sp. Das Begräbnis des Boxmanagers Tex Rickard dürfte sich in echt amerikanischen Ausmaßen vollziehen. Man rechnet mit einem Leichenzug von mehreren Kilometern Länge, da rund 25 000 Teilnehmer erwartet werden. Dempsey hat einen Sarg aus Bronze, dessen Kosten sich auf 60 000 Mark belaufen, „gependet“.

Sp. Wagener-Isias, diese sensationelle Paarung, soll der Hauptkampf einer der nächsten Berufsboxveranstaltungen in Köln oder Dortmund werden.

Börse und Handel.

Ämtliche Berliner Notierungen vom 9. Januar.

* Börsenbericht. Tendenz: Erholt. Die Börse bot daselbst reichhaltige Bild der Vortage, doch war die Grund-

tendenz freundlich. Die Börse eröffnete gut behauptet. Abgesehen von einigen Spezialwerten war das Geschäft außerordentlich gering und die Spekulation blieb, da die Rundschaft und die Provinz an ihrem Desinteressement festhalten, vollkommen unter sich. Auch das Ausland beachtete nur einige Spezialwerte. Am Geldmarkt hielt das große Angebot an. Der Satz für Tagesgeld wurde mit 4-6 und darunter und Monatsgeld mit 6,5-8 Prozent und niedriger genannt. Warenwechsel wurden zu einem Satz von ungefähr 6 1/2 Prozent umgekehrt. Im Verlaufe machte die Erholung weitere Fortschritte. Allerdings beschränkte sich die Umsatztätigkeit lediglich auf die führenden Sonderwerte. Der Privatdiskont blieb mit 6 Prozent für beide Sichten unverändert. Bemerkenswert ist, daß Umsätze nicht getätigt wurden, da der Nachfrage kein Angebot gegenüberstand und die Reichsbank auch keinerlei Reichswechsel hergab. Der Satz ist daher rein nominell.

* Devisenbörse. Dollar 4,20-4,21; engl. Pfund 20,38 bis 20,42; holl. Gulden 168,68-169,02; Danz. 81,46-81,62; franz. Franc 16,43-16,47; schweiz. 80,90-81,06; Belg. 58,40-58,52; Italien 22,00-22,04; schwed. Krone 112,41-112,63; dän. 112,09 bis 112,31; norweg. 112,00-112,22; tschech. 12,44-12,46; österr. Schilling 59,10-59,22; poln. Zloty (nichtamtlich) 47,05-47,25; Argentinien 1,76-1,77; Spanien 68,58-68,72.

* Produktbörse. Die Cifofertten Amerikas wie auch die Terminkaufspreise für Weizen lagerten erneut teurer. Der landische Pool, der in den letzten Tagen nicht im Markt war, fand höher gehaltene Offerten. Da das Inlandsangebot in fast allen Fruchtarten kleiner geworden ist bzw. mehr Forderungen gestellt werden als an den Vortagen, so machte sich auch hier eine feste Tendenz geltend. Die höchsten Preise des Lieferungsmarktes konnten sich im Verlauf nicht mehr erhalten. Am Roggenmarkt hingegen hielten die Preise an. Gerste wird weiter in guter Ware, die etwas höher im Preise liegt, gefragt, andere blieb vernachlässigt. Hafer ist im Konsum und auch Gebraucher von dem Export begehrt. Die Forderungen sind gesteigert.

Getreide- und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark

	9. 1.	8. 1.		9. 1.	8. 1.
Weiz., märk.	204-206	203-205	Weizfl. f. Bln.	14,5-14,6	14,0-14,5
pommersch.	—	—	Haack f. Bln.	14,0-14,3	14,0-14,3
Rogg., märk.	203-204	202-203	Naps	—	—
pommersch.	—	—	Veinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Witt. Erbsen	41,0-41,0	42,0-49,0
Braugerste	218-236	218-236	fl. Speiserbsen	32,0-36,0	33,0-38,0
Puttergerste	192-200	192-200	Ruttermerbsen	21,0-23,0	21,0-23,0
Hafer., märk.	196-202	195-201	Beluschnen	22,0-24,0	22,0-24,0
pommersch.	—	—	Ackerbohnen	21,0-23,0	21,0-23,0
westpreuß.	—	—	Widen	26,0-28,0	26,0-28,0
Weizenmehl	—	—	Lupin., blaue	15,5-16,5	15,5-16,5
p 100 kg fr.	—	—	Lupin., gelbe	18,0-18,5	17,5-18,5
Brl. br. inkl.	—	—	Seradella	39,0-44,0	39,0-44,0
Sad (feinst.)	—	—	Napsfuchsen	19,9-20,3	19,9-20,3
Mrt. f. Not.	25,2-28,2	25,2-28,2	Leinfuchsen	25,0-25,2	25,0-25,2
Roggenmehl	—	—	Trockenschl.	13,2-13,7	13,2-13,7
p 100 kg fr.	—	—	Sova-Schrot	21,8-22,1	21,8-22,1
Berlin br.	—	—	Toriml. 30/70	—	—
inkl. Sad	25,6-28,0	25,5-28,0	Kartoffelfeld	18,5-19,2	18,5-19,2

* Der durchschnittliche Berliner Börsen-Roggenpreis für 1000 Kilogramm betrug in der Woche vom 24. bis 29. Dezember 1928 ab märkischer Station 202,3 Mark.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Ver. Turn- u. Spiel-Vereine Halver e. V.

Sonntag, den 13. Jan. nachm. 5 Uhr im Vereinslokal

Jahres-Haupt-Versammlung.

Der Turnrat.

Turnverein Deckinghausen 1888

Samstag, den 12. d. M., abends 8 Uhr im Vereinslokal

Jahres-Haupt-Versammlung

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Landwehr-Verein Kierspe.

Sonntag, den 13. Jan. nachm. 5 Uhr im Berliner Hof in Kierspe

General-Versammlung

Tagesordnung ist durch Zirkular bekannt gegeben.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

M. G. B. „Sängerbund“ Kierspe.

Jahres-Haupt-Versammlung

am Samstag, den 12. Januar abends 8 1/2 Uhr im Berliner Hof.

Der Vorstand.

Teppiche — Läufer ohne Anzahlung 10 Mark anrat. Hef Teppichhaus Agay & Glöck Frankfurt a. M. 1500 Schreiben Sie sofort!

In das Handelsregister A No. 217 ist heute bei der offenen Handelsgesellschaft Ludwig Schröder Schalksmühle eingetragen:

Dem Kaufmann Fritz Schröder in Schalksmühle ist Prokura erteilt.

Lüdenscheid, den 5. Januar 1929.

Das Amtsgericht.

Freiwillige Feuerwehr Halver.

Samstag, den 19. Januar 1929, abends 7 1/2 Uhr findet auf der Karlshöhe unser diesjähriges

Winterfest

statt.

Hierzu laden wir unsere Ehren- u. passiven Mitglieder sowie Freunde und Gönner der Wehr herzlichst ein

Der Vorstand und das Kommando.

Taschenlampen

Batterien
Birnen

Das Beste vom Guten

empfiehlt

Wilh. Bell jr., Halver

Glückfelder Viehversicherungsverein.

General-Versammlung

am Samstag, den 12. d. M., 17 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Carl Kresting, Grünenbaum.

Tagesordnung:

1. Rechnungsablage.
2. Vorstandswahl.
3. Verschiedenes.

Um allseitiges u. pünktliches Erscheinen wird dringend gebeten

Der Vorstand.

Glückfelder Schweineversicherungsverein.

Haupt-Versammlung

Samstag, den 12. Jan. abends 7 Uhr im Lokale Karl Kresting, Grünenbaum

Tagesordnung:

1. Rechnungsablage.
2. Vorstandswahl.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Spezial-Haus für Betten

Wäsche und Aussteuer

Steppdecken, Matratzen
Reform-Unterbetten
Metallbettstellen
Kinderbetten, Bettfedern
Halbdaunen und Daunen
Dampf-Bettfedern
Reinigungs-Anlage

Aug. Vollmerhaus, Kierspe-Bhf.

Halte mich den Damen von Halver im Ondulieren

in und außer dem Hause bestens empfohlen.

Ondulieren 75 Pfg.

Hochachtungsvoll

Frau Badberg, Rent geb. Bohrmann, Halver, Kölnerstr. 46.

Ein ordentlicher Bäckergehilfe

für sofort gesucht.

Ernst Holzrichter, Bäckermühle bei Halver.

Nachbarschaft - Sterbekasse des Schulbezirks Heesfeld.

General-Versammlung

am Sonntag, den 13. Jan. nachm. 5 Uhr im Lokale des Herrn Röhling „Zum deutschen Eck“.

Tagesordnung:

1. Jahres- und Kassenbericht.
2. Vorstandswahl u. der Kassenrevisoren.
3. Anträge.
4. Aussprache.
5. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen wird dringend ersucht.

Der Vorstand.

Das ist eine unerhörte Herabsetzung...



Preussischer Landgemeindetag West u. kommunale Neugliederung.

Grundjährige Forderungen.

1. Die Landgemeinden sind vor der Verfassung mit den Städten gleichberechtigte Selbstverwaltungsorgane und verlangen danach behandelt zu werden. Jedoch hat sich sowohl in Großstädten als auch in kleineren und kleinsten Städten vielfach die überhebliche Auffassung festgesetzt, daß die umliegenden Landgemeinden, oft mit höchster Gemeindefunktion, nichts anderes seien als Freiwild des größeren oder gar kleineren städtischen Nachbarn. Wir bitten den Gesetzgeber grundsätzlich, uns gegen solche Begriffsverwirrung in Schutz zu nehmen und die Landgemeinden als ebenbürtig zu betrachten.

2. Der Preussische Landgemeindetag West erkennt keineswegs, daß mancherorts Umbildungen spruchreif geworden sind, und daß diese Umbildungen von hohen Gesichtspunkten geleitet werden müssen, warnt jedoch dringend vor Ueberfahrungen. Selbst wenn sich später herausstellen sollte, daß Eingemeindungen zu Unrecht unterlassen worden sind, ist dies vom staatlichen wie kommunalen Standpunkt im allgemeinen nicht so gefährlich, wie übermäßige Eingemeindungen, welche das kommunale Leben in den Außengebieten ertöten. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, wenn man glaubt, im Kohlenrevier zeitlich von vornherein abzugrenzende Zustände verbürgen zu können; eine flüssige Anpassung an die zukünftigen Notwendigkeiten muß gewahrt bleiben.

Wenn große leistungsfähige Gemeinden und Kreise vorhanden sind oder gebildet werden, besteht durchaus die Sicherheit, daß eine weitreichende, die Zukunft nicht verbauende Kommunalpolitik betrieben wird und daß diese Politik, wo es nötig wird, sehr wohl auch in Gemeinschaft mit den Großstädten möglich ist. Die Gemeinden und Kreise haben in dieser Hinsicht den besten Willen und dürfen ihn billigerweise auch von den Großstädten erwarten.

In einer Pressebesprechung hat der Herr Minister des Innern mit seinem zuständigen Leiter der Kommunalabteilung noch keine Selbstverwaltungsform für die Bildung ganz großer Städte im Kohlenrevier gesehen, sondern es für richtig gehalten, auf gewisse Zwischengemeindliche Arbeitsgemeinschaften hinarbeiten zu lassen. Solche Arbeitsgemeinschaften sind zwischen Stadt und Kreis oder Gemeinde ebenso möglich, wie zwischen Großstadt und Großstadt.

3. Die Eingemeindungen wurden vielfach mit Industrie- und Siedlungspolitik begründet. Der erstere Grund ist mit der Tatsache, daß sich große neue Industriewerke im Hinblick auf die geschwächte Volkswirtschaft vorerst so gut wie gar nicht bilden werden, nicht in Einklang zu bringen. Der andere Grund wird ebenso wenig durch die Erfahrung bestätigt. Die Großstädte haben z. T. heute schon sehr viel und ausreichendes Siedlungsgelände, ohne daß eine große weiträumige Siedlungspolitik und die zu ihr gehörende hinreichende Verkehrspolitik von ihnen betrieben werden. Das großstädtische Mehrfamilienhaus in möglicher Nähe der Stadtmitte im Gegensatz zu dem siedlungspolitisch richtigen Einfamilienhaus spielt in der Siedlungspolitik der Großstädte nach wie vor die Hauptrolle. Durchdringende neue Ideen einer wirklich großen sozialen Siedlungspolitik fehlen fast vollständig.

4. Die Städte beanspruchen oftmals dort, wo sie beschneiden sein und nicht ganze Gemeinden einbeziehen wollen, nur Teilgebiete, jedoch nur solche, welche ihnen beson-

ders begehrenswert erscheinen, und zwar weniger, weil es die städtische Entwicklungsrichtung bedingt, sondern weil diese Gemeindefürsorge besondere wirtschaftliche Vorteile (Fabriken, Stauseen, Villen u. a. m.) oder gar repräsentative Möglichkeiten bieten. Das geht so weit, daß sie, wenn ein industrielles Werk in einer Landgemeinde mit einer winzigen Spitze in eine benachbarte Stadt hineinstößt, glauben, dann das gesamte Werk in die Stadt einbeziehen zu können, während es, falls man das Werk nur in eine Gemeinde bringen will, der natürlichste Gedanke ist, die winzige Spitze aus der Stadt in die Landgemeinde überzuführen. In solchen Fällen ist es unerantwortlich, ohne zwingende Notwendigkeit organische Einheiten zu zerreißen und die Landgemeinden zugunsten der Städte — vielleicht lebensgefährlich — zu schwächen und ihnen dadurch die Freude an der Selbstverwaltung zu nehmen. Falls Grenzberichtigungen hier und da erforderlich sind, können die Landgemeinden füglich erwarten, daß ihnen an anderer Stelle ein gebührender Ausgleich geschaffen wird.

5. Umbildungen innerhalb bestehender oder kommender Landkreise gehören nicht in das beabsichtigte Gesetz, sondern müssen ihre Regelung gemäß dem bereits herrschenden Willen des Landtags auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 27. Dezember 1927 erfahren.

6. Die Großstädte schließen an manchen Stellen schon heute Uebergangsverträge mit Außengemeinden. Wir bekämpfen solche Verträge nicht, sehen aber eine gesetzgeberische Erschwerung in ihnen, weil sie unmöglich in das Gesetz übernommen werden können und andererseits außerhalb des Gesetzes keinerlei dauernd auswirkendes Rechtswort für die Gemeinden darstellen.

7. Nach einem Bericht über die unter Ziffer 2 erwähnte Pressebesprechung des Herrn Ministers des Innern „sollen bei der Abgrenzung der neuen Städte und Kreise alle billigen Interessen berücksichtigt und die Schädigung anderer möglichst vermieden werden.“ Wir treten ganz auf den Boden dieser Auffassung. Schäden aber der betroffenen Landgemeinden sind unabweisbar. Den Ausgleich sehen wir ganz allein in der Schaffung leistungsfähiger Gemeinden, in der Zusammenlegung zu leistungsfähigen Kreisen, in der Bildung großer starker Kreise. Wir stimmen dabei dem Herrn Minister zu, daß Kreise nicht nur aus Landgemeinden, sondern auch aus kreisangehörigen Städten und Landgemeinden gebildet werden können. Provinzgrenzen dürfen bei jenen Maßnahmen kein Hemnis bilden.

8. Die Stärke der Landkreise freilich erblicken wir nicht nur darin, daß mehrere Kreise oder Kreisreife vereinigt werden, sondern auch, daß kreisangehörige Städte erst dann ausgekreist werden, wenn es das öffentliche Wohl verlangt, dagegen nicht darin, daß den Kreisen eine Kompetenz-Kompetenz verliehen wird, welche die berechtigten Belange der Selbstverwaltung der kreisangehörigen Gemeinden verletzt, weil solche Machtbefugnis der Kreise gegen ihre Stadt- und Landgemeinden sowohl einen Bruch der deutschen Selbstverwaltungsidee als auch den Anfang des Untergangs der gemeindlichen Selbstverwaltung bilden würde. Wir bekämpfen deshalb aus grundsätzlichen Bedenken aufs ernste die etwaige Absicht einer verfassungsrechtlichen Sonderbehandlung der neuzubildenden Landkreise.

Pressestimmen zum Belgrader Staatsstreich

Was die Auslandszeitungen sagen.

Die Ereignisse in Jugoslawien werden von der Pariser Presse mit großem Interesse verfolgt, was sich aus den engen Beziehungen zwischen Frankreich und Jugoslawien erklärt. Nicht ganz mit Unrecht vielleicht weist der linksstehende „Soir“ darauf hin, daß zwischen Frankreich und der jugoslawischen Regierung ein Geheimbündnis bestehe. Die Rechtspresse begrüßt uneingeschränkt die Maßnahme des jugoslawischen Königs. Der „Temps“ bestreitet aber dessen Absicht, eine absolute Herrschaft herzustellen und mit den Mitteln der Diktatur zu regieren. Das Blatt ist der Ansicht, daß die neue Lage teilweise den Wünschen der Kroaten entgegenkomme. „Journal des Débats“ führt den Systemwechsel darauf zurück, daß man den serbischen militärischen Elementen habe Rechnung tragen müssen. Die nationalstatische „Liberté“ sieht in den Belgrader Ereignissen den Beweis dafür, daß der Parlamentarismus abgewirksam ist.

Auch die Londoner Presse widmet der jugoslawischen Krise große Aufmerksamkeit, die jedoch nicht frei ist von Beforgnis. Die rechtskonservative „Morning Post“ drückt ihre unverhohlene Befriedigung über das Verschwinden einer weiteren parlamentarischen Regierung aus. „Times“ sagt in einem Leitartikel: „Vom Standpunkt aller Leute aus, die Frieden für Europa wünschen, ist der zeitweilige Absolutismus des Königs bestimmt eine sicherere Lösung der inneren Krise, als es eine militärische Diktatur sein würde. Es darf vertrauensvoll erwartet werden, daß König Alexander es nicht zulassen wird, daß eine Regierung, die von ihm für den ausdrücklichen Zweck der Reform und Organisation des Königreichs gebildet worden ist, unter die Leitung einer militärischen Kamarilla gerät.“

In Italien sind bisher zu den Vorgängen in Jugoslawien nur spärlich Kommentare erschienen, und auch diese zeichnen sich durch die größte Zurückhaltung aus. Vor allem wird betont, daß Italien mit Ruhe und ohne Parteinahme die Ereignisse in dem Nachbarstaat beobachten müsse. Das halbamtliche „Giornale d'Italia“ bezeichnet die Verfassungsänderung als eine Politik der Verzweiflung. Die neue Regierung sei vor allem königlich und militärisch. Daran ändere auch nichts, daß mehr Zivilisten als Offiziere an der Regierung beteiligt seien. Die neue Regierung sei eine Diktatur, die letzten Endes auf die Person des Königs zurückgehe. Es bleibe abzuwarten, ob mit diesem extremen Mittel die innere Krise Jugoslawiens überwunden werden könne. Die Haltung der kroatischen Opposition gewährleistet den Frieden nicht.

In ganz hervorragendem Maße ist natürlich die rumänische öffentliche Meinung an allem, was in Jugoslawien geschieht, interessiert. „Adevărul“ schreibt, die jetzige Lösung komme überraschend, da man auf eine Wahlregierung gehofft habe. Die vom König getroffenen Maßnahmen seien so drastisch, daß man schwer glauben könne, sie würden von der bürgerlich-demokratischen Koalition gutgeheißen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß Jugoslawien ein Experiment verfolge, das sehr ernste Folgen haben könne. Die „Lupta“ meint, König Alexander habe sich überzeugt, daß er mit den Parteien

nicht auskommen könne. Die Proklamation des Königs verlange, daß Serben, Kroaten und Slowenen Ruhe bewahren, um die Einheit des jugoslawischen Staates, für die so viel Blut vergossen wurde, nicht in Gefahr zu bringen.

Was die tschechische Presse betrifft, so drücken die nationalistischen Blätter, offenbar in Übereinstimmung mit der Meinung des Außenministers Dr. Benesch, den Wunsch aus, daß die absolutistische Ära in Jugoslawien nach Wiederherstellung der Einheit baldmöglichst wieder von einem konstitutionellen Regime abgelöst werden möge. Die nationaldemokratische „Arbodny Politika“ schreibt unter der Überschrift „Das Wohl des Staates ist das erste Gesetz“, der Umsturz sei bedingt durch die außen- und innenpolitischen Verhältnisse in Jugoslawien, die eine weitere Perfektion des Staatsgebildes nicht mehr ertragen hätten. Die Botschaft des Königs zu den orthodoxen Weihnachtsfeiertagen sei ein freudiges Evangelium für alle Menschen guten Willens, die dem jugoslawischen Staate wohlgesinnt seien. Das tschechische Volk begrüße von ganzem Herzen das verbündete Brudervolk und seinen Staat in diesem denkwürdigen Augenblick.

Keine Besserung trotz guter Ernte.

Die wachsende Verschuldung der Landwirtschaft.

Auf Grund der Berichte der preussischen Landwirtschaftskammern ergibt sich folgendes Bild über die Lage der Landwirtschaft in Preußen:

Die steuerliche Belastung hat sich nach wie vor drückend bemerkbar gemacht. Angesichts der schlechten Marktlage für landwirtschaftliche Erzeugnisse haben Steuererhöhungen in weitgehendem Umfang nachgeschickt werden müssen. Die Nachfrage nach langfristigen Krediten hält unvermindert an. Die Umschuldungsaktion hat trotz beschleunigter Durchführung eine merkliche Besserung der Lage noch nicht herbeiführen können. Die Bewegung auf dem Grundstücksmarkt war gering.

Ackerbau: Die Flugsarbeiten konnten infolge späten Einsetzens des Frostes fast überall rechtzeitig beendet werden. Die Winterfaaten haben sich im allgemeinen gut entwickelt und durch den Frost keinen Schaden erlitten. Da sie bisher durch eine ausreichende Schneedecke geschützt waren. Hier und da wurde über Mäuseplagen geklagt. Wiesen, Weiden und Aleschläge machen bis auf geringe Ausnahmen einen guten Eindruck. Die Getreide- und Kartoffelpreise sind auch weiterhin bei stöndem Absatz äußerst unbefriedigend.

Vieh- und Viehhaltung: Das Interesse für die Zucht von Warmblutpferden läßt zugunsten des Kaltblutgeschlages ständig nach. Die Ernährung des Viehes machte wegen des Raufuttermangels oft Schwierigkeiten, die teilweise durch Verfütterung von Kartoffeln und Getreide aus der eigenen Wirtschaft ausgeglichen werden konnten. Infolge der niedrigen Preise für Mastvieh gewinnt die Milchviehhaltung an Bedeutung. Das Interesse für Erzeugung hochwertiger Milch und für Gründung genossenschaftlicher Milchabgaborganisationen war sehr reg. Die günstige Entwicklung der Schweinezucht und -mast hielt an. Die Ferkelpreise haben ihre Aufwärtsbewegung fortgesetzt. Das Interesse an der Ge-

flügelzucht nahm weiter zu. Es sind mehrere Eierverleisgenossenschaften gegründet worden.

Forstwirtschaft: Die Kulturarbeiten sind genügend weit gediehen, mußten jetzt aber wegen des Frostes eingestellt werden. Der Holzeinschlag ist im Gange, jedoch ist bei Verfeigerungen und bei Verkäufen infolge der unsicheren Marktlage eine große Zurückhaltung zu beobachten.

Feldgemüse- und Gartenbau: Das günstige Wetter gestattete in der ersten Hälfte des Monats noch die Weiterführung der Kulturarbeiten. Nach Eintritt des Frostes haben die Winterarbeiten an den Obstbäumen begonnen. Der Markt konnte mit Obst und Gemüse ausreichend und zu befriedigenden Preisen beliefert werden.

Fischerei und Teichwirtschaft: Die Fischerei hatte vielfach unter ungünstigen Witterungsverhältnissen zu leiden. Die Fangergebnisse waren nur teilweise gut. Absatz und Preise der Karpfen, Schleie und Forellen befriedigten.

Betriebsmittel: Betriebsmittel wurden ausreichend angeboten, jedoch angesichts der Geldknappheit nur zögernd gekauft. Die Düngemittelabrufe waren im allgemeinen zufriedenstellend. Vereinzelt wurde über schlechte Belieferung mit Kohlen und über die hohen Preise für elektrischen Strom geklagt.

Der Absatz von Saatgut, insbesondere von Saattaroffeln, läßt zu wünschen übrig.

Landwirtschaftliche Nebengewerbe: Brennerien, Molkereien und Stärkefabriken sind vollauf im Gange. Die meisten Zuckerfabriken haben die Kampagne im Laufe des Monats abgeschlossen.

Arbeiterverhältnisse: Die Inanspruchnahme der Förderungsmittel zum Bau von Landarbeiterwohnungen war nach wie vor reg. Nachdem die einheimischen und ausländischen Wanderarbeiter in ihre Heimat zurückgekehrt sind, hat sich der Mangel an Arbeitskräften wieder etwas mehr bemerkbar gemacht. Besonders starke Nachfrage besteht nach weiblichem Gesinde.

Die gesamte Lage der Landwirtschaft hat sich gegenüber dem Vorjahre trotz der befriedigenden Ernte im allgemeinen nicht gebessert. Infolge der hohen Zinslasten und der ungünstigen Preisverhältnisse macht die Verschuldung vieler Landwirte weitere Fortschritte.

„Schweizer“ sind keine Schweizer.

Die schweizerische Regierung hat den Wunsch zu erkennen gegeben, daß zwecks Vermeidung von Irrführungen landwirtschaftliche Angestellte, wie Metzger, Viehpfleger usw., nicht, wie es in Deutschland vielfach geschieht, in amtlichen Urkunden als „Schweizer“ bezeichnet werden möchten. Der preussische Minister für Volkswohlfahrt ersucht die Regierungspräsidenten, den Quittungskartenausgabestellen der Invalidenversicherung sowie den Orts-, Land- und landwirtschaftlichen Betriebskrankenkassen durch die Versicherungsämter von dem Wunsche der schweizerischen Regierung Kenntnis zu geben. Als geeigneter Ersatz sind die Ausdrücke „Ruhmeister“, „Ruhwärter“, „Metzger“, „Stallgehilfe“ zu verwenden.

Der Wahlkandidat muß schön sein!

In England werden in diesem Jahre Parlamentswahlen stattfinden und es werden zum erstenmal auch jüngere Damen daran teilnehmen. Für diese Weiblichkeit nun sucht man schon jetzt die kommenden Wahlen zurechtzumachen: man will auf das Herz des schöneren Geschlechtes wirken und scheint zu diesem Behuf richtige Schönheitswettbewerbe unter den Wahlkandidaten veranstalten zu wollen. Von dem Grundsatz ausgehend, daß ein statlicher, imposanter Mann auf ein unverbildetes Mädchenherz viel besser und sicherer wirkt als Mummelgais mit Glase, wollen die Parteien möglichst viel elegante junge Männer in den Wahlkampf schicken. Die Frauen fragen nicht viel nach Programmen — viel mehr interessiert sie das Aussehen des Mannes, der das Programm vertritt. Der Wahlkandidat muß aber nicht nur ein nettes Gesicht haben, sondern auch eine wohlklingende Stimme. Ein Londoner Blatt meint, daß der beste Kandidat für Frauenherzen in wahlpolitischer Hinsicht ein statlicher, gut gekleideter Mann zwischen 35 und 40 sei. Die meisten dieser Frauenkandidaten glaubt man unter den jüngeren Rechtsanwälten finden zu können. Ein Rechtsanwalt weiß von seinen Wählern her, wie man ein Publikum hinreißt kann, und prächtig scheinen in England alle Rechtsanwälte auszugehen. Die Rechtsanwälte also werden das Rennen machen.

Wo ist die Arche Noah?

Ganz plötzlich ist diese Frage aktuell geworden, denn die Amerikaner wollen die berühmte Arche durchaus haben, wobei nicht ganz klar ist, ob das zu ihrem Flottenprogramm gehört. In Chitago haben sie nämlich festgestellt, daß die Arche noch ziemlich gut erhalten vorhanden sein muß, falls sie, wie das im ersten Buch Mose steht, auf dem Berge Ararat gelandet sein sollte. Auf dem Berge Ararat oben weht eine sehr gute Luft, in der Baumaterial nicht so leicht verwittert und verformt. Ist also Noah mit seiner Arche nach der großen Sintflut dort oben hängengeblieben, so sind bestimmt noch brauchbare Überreste des riesigen Raftens da. Also kurz und gut: man will eine Expedition ausrüsten, die Noahs Arche nach Chitago abschleppen soll; dort soll sie eine Hauptattraktion der kommenden Weltausstellung bilden, vorausgesetzt, daß sie nicht von irgendeiner Chitagoer Verbrecherbande gestohlen und als Altmaterial veräußert wird.

In Sachen gegen...

(Aus der Mappe des Gerichtsschreibers.)

Der Silberkerl mit dem Kehl.

Nun ist es aber höchste Zeit, daß wir das Vereinfachungsgesetz, von dem so viel die Rede ist, auch wirklich kriegen, damit einer nicht in Berlin für etwas bestraft wird, das er in Mecklenburg und vielleicht auch anderswo in Deutschland ganz ungestraft tun darf. Die späßige Geschichte, die wir hier zu erzählen haben, beginnt zu Silvester 1927/28 und ist jetzt, kurz vor Silvester 1928/29, glücklich und sehr fidel zu Ende gegangen. Und es spielt darin die Hauptrolle ein weibliches Richter, während die anderen Rollen mit einem Rittergutsbesitzer, einem Berliner Wildbrethändler, einem polizeilichen Beschlagnahmebeamten samt Notizbuch und mit drei Gerichtsinflanzen bis zum allerhöchsten Kammergericht hinauf besetzt sind. Also eines schönen Tages — eben zu Silvester 1927/28 — wurde im Lande Mecklenburg von einem Rittergutsbesitzer ganz weidgerecht und legal ein weibliches Kehl erköstet, indem daselbst nämlich die Schonzeit für derartige Gatter erst am 15. Januar beginnt, während das in Berlin, obwohl das ja schließlich auch zu Deutschland gehört, ganz